

Gebt Ausländern und Jugendlichen mehr Mitsprache in der Schweiz!

Zuwanderer und Minderjährige haben in der Schweizer Politik zu wenig zu sagen. Sie sollten Referenden und Initiativen unterschreiben dürfen.

Reiner Eichenberger und Anna Maria Koukal

Die demokratischen Institutionen der Schweiz, besonders die starke direkte Demokratie und der Föderalismus, führen zu einer guten Politik und einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen Bürgern und Staat. Nun geraten diese Regeln aber unter Druck.

— Erstens wächst der Ausländeranteil und damit das Gewicht der steuerpflichtigen Einwohner ohne demokratische Rechte. Bei den Dreissig- bis Vierzigjährigen, die durch Arbeit und Familienbildung die Zukunft der Schweiz prägen, beträgt er landesweit bereits 39 Prozent, in manchen Kantonen sogar über 50 Prozent.

— Zweitens steigt die Zahl der Auslandschweizer. Obwohl sie keine Steuerpflicht in der Schweiz haben, haben sie auf nationaler Ebene weiterhin das Stimm- und Wahlrecht.

— Drittens wäre es wünschenswert, dass sich die Jugendlichen politisch wirkungsvoller einbringen könnten. Der Nationalrat hat vergangene Woche eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre bejaht, aber ob ihm das Volk folgen wird, ist mehr als fraglich.

— Viertens arbeiten immer mehr Menschen nicht an demselben Ort, wo sie wohnen. So empfangen sie einen grossen Teil der Staatsleistungen am Arbeitsort, haben dort aber keine politischen Rechte.

Wie sollen die Schweizer Institutionen ihre positive Kraft entfalten, wenn die Rechte und Pflichten der Bürger und Einwohner auseinanderstreben und immer mehr von ihnen politisch nicht integriert sind? Was Ausländer, Jugendliche und Pendler politisch wünschen und denken, ist wichtig und kann der Politik Impulse geben. In der Realität ist es aber so, dass diese eher zu schwache und Auslandschweizer eher zu starke politische Rechte haben.

Mehr Lebensqualität

Die weltweit einmaligen Stärken des Schweizer Systems ermöglichen eine überzeugende Lösung des Problems. Bürger haben nämlich erstens Mitbestimmungsrechte durch die Teilnahme an Sachabstimmungen und Direktwahlen aller Parlamente sowie der Regierungs-

mitglieder auf kantonaler und kommunaler Ebene. Zweitens haben sie Mitspracherechte durch das Lancieren von Referenden und Initiativen. Mitbestimmung ist etwas anderes als Mitsprache. Dehnt man die Mitbestimmungsrechte auf weitere Gruppen aus, laufen die bisherigen Wahlberechtigten ein höheres Risiko, überstimmt zu werden; das ist für sie ein Nachteil. Die Ausweitung der Mitspracherechte hingegen bringt fast nur Vorteile.

Wir schlagen deshalb vor, den Ausländern, Auslandschweizern, Jugendlichen und Pendlern Mitsprache durch volles Initiativ- und Referendumsrecht zu geben. Sie sollen gleich wie gewöhnliche Bürger Initiativen und Referenden unterschreiben können: die Ausländer schon nach zwei Jahren Aufenthalt, die Jugendlichen ab ihrem 15. Geburtstag und die Pendler nach zwei Jahren am gleichen Arbeitsort. So könnten sie ihre Anliegen wirkungsvoll in die politischen Debatten einbringen.

So lernen die volljährigen Inländer die Anliegen der anderen Gruppen besser kennen, und sie können sie in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Die Ausländer und die Jugendlichen werden früher integriert, ihre Verbundenheit mit dem Staat steigt. Wohl am wichtigsten aber ist die Wirkung auf die öffentlichen Diskussionen. Je grösser der Anteil politisch interessierter Medienkonsumenten wird, desto attrak-

tiver wird es, über Politik zu berichten und zu diskutieren. Die intensivere demokratische Auseinandersetzung bringt allen vor allem eines: bessere politische Entscheidungen.

Internationales Ansehen

Der Einwand, ein blosses Mitspracherecht sei wirkungslos, ist falsch. Die Kraft der direkten Demokratie kommt grossenteils aus den Referendums- und Initiativrechten. Diese erlauben es auch Minderheiten, die politische Agenda mitzuprägen. Auch der administrative Aufwand ist überschaubar, etliche Abläufe könnten vereinfacht werden durch elektronische Kommunikation. Wie steht es aber mit der Befürchtung, Mitsprache für Ausländer führe automatisch zu politischer Mitbestimmung für Ausländer? Wir teilen diese Angst nicht. Über die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte entscheiden weiterhin allein die volljährigen Inländer.

Unser Vorschlag kann auch stufenweise eingeführt werden. Schon nur das schnelle Referendums- und Initiativrecht für Ausländer wäre ein grosser und fruchtbarer Schritt. Die Ausdehnung auf Jugendliche, Pendler und Auslandschweizer brächte weitere Vorteile. Bei vielen Entscheidungen würde sich wohl zeigen, dass diese Gruppen ganz ähnlich denken wie die angestammten Stimmberechtigten. Grössere Meinungsunterschiede hingegen würden den weiteren politischen Prozess befruchten.

Die Standortattraktivität und das internationale Ansehen der Schweiz würden dadurch gestärkt. Zuwanderer hätten schon nach wenigen Jahren politische Rechte, die sie in ihren Heimatländern nicht haben. Wer hier Initiativen und Referenden auslösen kann, wird dieses Recht bald auch in seiner Heimat einfordern. So könnte die Schweiz einen Beitrag zur weltweiten Stärkung der Demokratie und Steigerung der Lebensqualität leisten.



Reiner Eichenberger ist Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor des Instituts CREMA.

Anna Maria Koukal ist Postdoc-Forscherin an der Universität Freiburg und der Fernuniversität Schweiz.